

Forderungen des Forum Bildungspolitik zur Landtagswahl 2008:

Eckpunkte zur Bildungspolitik in Bayern 2008 - 2013

Bildung entscheidet wesentlich über die Lebensqualität und Lebenschancen jedes Einzelnen sowie über die soziale und ökonomische Verfassung und Zukunft unserer Gesellschaft. Bildungspolitik ist Kernaufgabe der Landespolitik.

Das *Forum Bildungspolitik in Bayern*, das seit 1991 besteht und in dem aktuell 36 Organisationen aus dem Bildungssektor zusammengeschlossen sind, stellt für die Legislaturperiode 2008 – 2013 an die politischen Parteien folgende Kernforderungen:

1. Größtmöglicher Lern- und Bildungserfolg für alle

Feststellung

Das bayerische Bildungs- und Schulwesen erfüllt bisher nicht den Anspruch, allen Kindern und jungen Menschen gerecht zu werden. Der enge Zusammenhang zwischen sozialer Herkunft und Bildungserfolg, die große Zahl der Schülerinnen und Schüler, die eine Jahrgangsstufe wiederholen, die Schule wechseln oder die Schule ohne Abschluss verlassen müssen, kann nicht hingenommen werden.

Forderungen

Alle Kinder und Jugendlichen müssen im Bildungssystem zum größtmöglichen Lern- und Bildungserfolg geführt werden. Die Chancengleichheit ist nachhaltig zu verbessern. Jedes Kind ist bestmöglich und individuell zu fördern – sei es leistungsstark oder leistungsschwächer, sei es aus sozial günstigen oder prekären Verhältnissen, sei es aus einer einheimischen Familie oder aus einer Familie mit Migrationshintergrund. Gleiche Bildungschancen und leistungsfähige Bildungsangebote sind für alle Kinder und Jugendlichen vorzuhalten – unabhängig davon, ob sie in einer Großstadt oder in ländlichen Regionen aufwachsen, ob sie weiblich oder männlich sind oder der spezifischen sonderpädagogischen Förderung bedürfen. Vordringlich ist es, die Zahl der Schüler, die eine Jahrgangsstufe wiederholen oder die Schule wechseln müssen, deutlich zu reduzieren. Keine Schülerin / kein Schüler darf die Schule ohne Abschluss verlassen. Es ist dafür Sorge zu tragen, dass keine Schülerin und kein Schüler die Schule ohne Abschluss verlässt. Für Schulabsolventen ist eine ausreichende Zahl von Ausbildungs- und Studienplätzen bereitzustellen.

● Aktion 25 ● Aktion Humane Schule Bayern ● Arbeitsgemeinschaft der Elternverbände Bayerischer Kindertageseinrichtungen e.V. (ABK) ● Arbeitskreis Hauptschule e. V. (AKH) ● Bayerischer Elternverband e. V. (BEV) ● Bayerischer Lehrer- und Lehrerinnenverband e. V. (BLLV) ● Bund der Deutschen Katholischen Jugend - Bayern (BDKJ) ● Bündnis zur Erneuerung der Demokratie (BED) ● Deutscher Familienverband - Landesverband Bayern e. V. (DFV) ● Deutscher Kinderschutzbund - Landesverband Bayern e. V. (DKSB) ● Deutscher Kinderschutzbund – München e. V. ● Eltern-Forum-Coburg ● Evangelische Jugend in Bayern (EJB) ● Evangelischer Initiativkreis für Bildung + Erziehung (E.I.B.E.) ● Freie Elternvereinigung in der Evang.-Luth. Kirche in Bayern e. V. (FEE) ● Gemeinsamer Elternbeirat für die Volksschulen der Landeshauptstadt München (GEB) ● Gemeinschaft Evangelischer Erzieher in Bayern e. V. (GEE) ● Gesamtverband Evangelischer Erzieher und Erzieherinnen in Bayern e. V. (GVEE) ● Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft – Landesverband Bayern (GEW) ● Grundschulverband - Arbeitskreis Grundschule e.V. - Landesverband Bayern (GSV - AKG) ● Initiative Humanes Lernen GbR (IHL) ● Initiative Praktisches Lernen Bayern e. V. (IPL) ● InitiativGruppe – Interkulturelle Begegnung und Bildung e.V. (IG) ● Institut für Zusammenarbeit im Erziehungsbereich (IFZE) ● Jenaplan Initiative Bayern e. V. (jpi) ● Landesarbeitsgemeinschaft der Freien Waldorfschulen in Bayern e. V. ● Landesarbeitsgemeinschaft Bayern Gemeinsam Leben - Gemeinsam Lernen e. V. ● Landeselternverband Bayerischer Realschulen e.V. (LEV-RS) ● Landesschülervertretung – Landesvereinigung der bayerischen Bezirksschülersprecher e. V. (LSV) ● Landesverband Bayerischer Schulpsychologen e. V. (LBSP) ● Landesvereinigung Kulturelle Bildung Bayern e. V. (LKB:BY) ● Montessori Landesverband Bayern e. V. ● Sudbury München e.V. ● Verband Sonderpädagogik e. V. (vds) ● Verband Katholischer Religionslehrer/innen und Gemeindeferent/innen im Kirchendienst e.V. (VKRG)

CSU:

Die Antwort liegt noch nicht vor.

SPD: Franz Maget, Fraktionsvorsitzender im Bayerischen Landtag

Einverstanden! Es handelt sich um eine Frage der Gerechtigkeit, ob und wie wir jedem einzelnen ermöglichen, sich zu entwickeln und welche Bildungschancen er hat. Wir haben unser Programm aus diesem Grund auch „Keiner darf verloren gehen!“ genannt. Bildungsgerechtigkeit ist für Sozialdemokraten immer schon eine der zentralen Fragen der Gesellschaft gewesen und hat in der SPD eine lange und gute Tradition. Wir stehen dafür, dass ein sozial gerechtes und leistungsfähiges Bildungssystem als zentrales Element des Vorsorgenden Sozialstaats eine umfassende Bildung für alle sicherstellt. Bildung versetzt die Menschen in die Lage, ihr Leben selbst und eigenverantwortlich zu gestalten. Bildung ist im Sinne der Aufklärung Voraussetzung für gesellschaftliche und politische Teilhabe. Nicht zuletzt: Der Anspruch auf größtmöglichen Lern- und Bildungserfolg hat in Bayern Verfassungsrang.

Bündnis 90/Die Grünen: Margarete Bause, Fraktionsvorsitzende im Bayerischen Landtag und Simone Tolle, Bildungspolitische Sprecherin der Landtagsfraktion

Das bayerische Bildungssystem mit seiner frühen Auslese ist sozial ungerecht und lässt viele Potenziale brachliegen. Nicht die Fähigkeiten der Kinder, sondern ihr sozialer Hintergrund entscheidet über ihre Chancen.

In einer Zeit, in der Bildung für die Zukunft unserer Jugend und für die Entwicklung der Gesellschaft und Wirtschaft sehr wichtig ist, wird das bayerische Bildungssystem deshalb seiner Aufgabe nicht gerecht: Es ist nicht zukunftsfähig.

Daher fordern wir eine grundlegende Reform des Schulsystems. Wir wollen eine 9-jährige gemeinsame Schulzeit, in der alle SchülerInnen ihre Talente entfalten können. In dieser Schule stehen das Kind und seine individuelle Förderung im Mittelpunkt. Diese Verpflichtung sorgt dafür, dass es kein Sitzen bleiben gibt und niemand die Schule ohne Abschluss verlässt. Wir wollen ein flächendeckendes Netz von Ganztagschulen. Im Anschluss an die neunjährige gemeinsame Schulzeit entscheiden sich die SchülerInnen entweder für eine Ausbildung oder für die gymnasiale Oberstufe.

Freie Wähler:

siehe unten

FDP: Renate Will, Stv. Vorsitzende und Bildungspolitische Sprecherin der FDP Bayern

Bildung ist für Liberale ein Bürgerrecht.

Alle Kinder und Jugendliche, unabhängig von ihrer Herkunft, müssen zum größtmöglichen Lern- und Bildungserfolg geführt werden.

Die Durchlässigkeit von unten nach oben muss erhöht und die Zahl der Wiederholer deutlich reduziert werden. Durch Fördern und Fordern von leistungsschwachen und leistungsstarken Schülern soll jeder den Abschluss machen können, der zu seinen Neigungen und Fähigkeiten passt. Keiner darf die Schule ohne Abschluss verlassen.

Wir setzen uns für ein breites Angebot an Ganztagschulen mit rhythmisiertem Unterricht für alle Schultypen ein, damit ganzheitliches Lernen in Kombination mit Musik, Kunst, Sport und Spiel zum „Lebensraum“ Schule wird und ein besseres Lehrer-Schüler-Verhältnis entstehen

kann. Ein gemeinsames Mittagessen fördert die Sozialkompetenz, besseres Verständnis für andere (Ess-)Kulturen und gesunde Ernährung.

2. Ausbau der frühen und individuellen Förderung

Feststellung

Das bayerische Bildungs- und Schulwesen kommt der Pflicht, alle Kinder und Jugendliche individuell zu fördern bisher noch unzureichend nach. Die Möglichkeiten der pädagogisch-psychologischen Diagnostik und der daraus resultierende Hilfen für jedes einzelne Kind und jeden einzelnen Jugendlichen werden noch zu wenig ausgeschöpft.

Forderungen

Damit Kinder und Jugendliche erfolgreich lernen, sind sie insbesondere in ihrer Sprachkompetenz, in ihrer Leistungsmotivation und in ihrem Sozialverhalten gezielt zu fördern. Die Sprachförderung im Kindergarten muss für alle Kinder – vor allem für Kinder nichtdeutscher Muttersprache - weiter verstärkt und in der Grundschule systematisch fortgeführt werden. Der Erwerb der deutschen Sprache verlangt ganzheitliche Angebote und muss im Kontext kultureller Inhalte erfolgen. Dazu bedarf es gut aus- und fortgebildeter Fachkräfte. Das Erlernen der deutschen Sprache muss auch für Eltern mit nichtdeutscher Sprache außerschulisch gefördert und begleitet werden. Angesichts der erheblichen Zahl von Schüler/innen mit Migrationshintergrund sollten sich die Schulen für Mehrsprachigkeit öffnen und Bilingualität unterstützen. Die Beherrschung einer nicht deutschen Muttersprache ist im Blick auf Schulabschlüsse als weitere „Fremdsprache“ anzuerkennen. Der Einsatz zweisprachiger Lehrer/innen ist zu forcieren.

Leistungsmotivation entfaltet sich durch angstfreies und erfolgreiches Lernen. Dazu bedarf eines neuen prozessualen Verständnisses im Umgang mit Fehlern. Zur Entwicklung sozio-emotionaler Kompetenzen müssen Schul- und Bildungseinrichtungen Lern- und Lebensräume werden.

SPD:

Einverstanden! Kindertagesstätten sind Bildungseinrichtung und insofern das Fundament für jeden weiteren Schritt. Als Sozialdemokraten sind wir der Meinung, dass der Rechtsanspruch auf einen Platz in einer Kindertagesstätte auch für Kinder unter 3 Jahren realisiert werden muss. Die Kindertagesstätten dürfen als Bildungseinrichtungen wie die Schulen kein Geld kosten. In einem ersten Schritt muss daher mindestens das letzte Kindergartenjahr kostenfrei sein.

Bündnis 90/Die Grünen:

Weil bereits vor der Schule die Weichen für die Zukunft gestellt werden, ist die Förderung in den ersten Jahren besonders wichtig. Wer Kinder in dieser Lebensphase bildet, verschafft ihnen gerechtere und bessere Startchancen und bereichert die Erziehung in der Familie.

Dazu wollen wir das pädagogische Angebot flächendeckend ausbauen. Denn Kinder haben zu jeder Zeit das Recht auf Bildung. Für einen starken Start ist die Qualität in den Kindertagesstätten entscheidend. Nötig sind kleine Gruppen und gut ausgebildete ErzieherInnen mit genügend Zeit und Gestaltungsspielraum, um sich dem einzelnen Kind widmen zu können. Besonderes Augenmerk gilt dabei der Sprachförderung. Denn alle – deutsche Kinder wie Kinder anderer Nationalität – sollen schon vor dem Schuleintritt und erst recht danach in der Lage sein, sich gut zu verständigen.

Mehrsprachigkeit bereichert, deshalb wollen wir sie fördern, nicht unterdrücken. Frühkindliche Bildung heißt nicht Verschulung. Erzieherinnen und Erzieher brauchen bessere Bedingungen in der Aus- und Weiterbildung sowie in der Arbeit mit den Kindern und Eltern.

Freie Wähler:

siehe unten

FDP:

Frühkindliche Bildung ist der entscheidende Faktor für die soziale Integration und die Chancengerechtigkeit am Start. Deshalb müssen Kinder in ihrer Sprachkompetenz und ihrem Sozialverhalten gezielt gefördert und motiviert werden.

Die Sprachförderung muss für alle Kinder – vor allem für Kinder mit nichtdeutscher Muttersprache – weiter verstärkt und in der Grundschule systematisch fortgeführt werden.

Defizite müssen frühzeitig erkannt und behoben werden. Das Arbeiten in kleineren Gruppen muss ausgebaut und mehr Fachpersonal eingestellt werden. Die Ausbildung von Erzieher/innen soll künftig an einer Fachhochschule erfolgen, besser bezahlt und auch für Männer attraktiv gemacht werden.

Zweisprachigkeit in allen Bildungseinrichtungen muss unterstützt werden.

CSU:

Die Antwort liegt noch nicht vor.

3. Mehr Zeit und Expertenhilfen für den schulischen Erziehungsauftrag

Feststellung

Das bayerische Bildungs- und Schulwesen räumt den Schulen und Bildungseinrichtungen zu wenig Möglichkeiten ein, damit sie ihren Erziehungsauftrag angemessen wahrnehmen können. Der Bildungsauftrag wird allzu sehr auf messbares Wissen unter großem Zeitdruck reduziert.

Forderungen

Angesichts massiver sozialer und kultureller Veränderungen im Lebensumfeld von Kindern und Jugendlichen müssen Kindergärten und Schulen einen erweiterten Erziehungsauftrag wahrnehmen. Hohe Bedeutung gewinnt die Vermittlung grundlegender Werte und die Erziehung zur Achtung der Menschenwürde, zum Respekt vor unterschiedlichen Überzeugungen. Die Gewaltprävention gewinnt zunehmend an Bedeutung. Weitere bildungspolitische Strategien und Maßnahmen sind erforderlich zur sozialen Integration. Dazu bedarf es zusätzlicher zeitlicher Ressourcen im Unterrichts- und Schulalltag ebenso wie stärkerer sozialpädagogischer, schulpädagogischer und psychologisch-therapeutischer Hilfen. Größere personelle Kapazitäten sind notwendig zur Intervention und Bewältigung gravierender Krisensituationen. Regionale sowie überregionale sofort abrufbare Unterstützungssysteme zur Krisenintervention sind stärker zu fördern, z.B. durch weiteren Ausbau des Krisen- und Bewältigungsteams der Bayerischen Schulpsychologen (KIBBS).

Bündnis 90/Die Grünen:

Die meisten LehrerInnen wissen, dass sie mit dem vorhandenen Rahmen und Mitteln ihrem Auftrag nicht mehr gerecht werden. LehrerInnen sind nicht mehr nur fachlich, sondern immer stärker pädagogisch und erzieherisch gefordert. Wir wollen eine Schule, in der LehrerInnen mehr Zeit haben, um besser auf die Kinder eingehen zu können. Sie brauchen mehr Zeit, um in Partnerschaft mit den Eltern mehr Verantwortung für die Erziehung der Kinder übernehmen zu können. Auf diesen Umstand muss sich LehrerInnenaus- und fortbildung einstellen. In einer Schule für alle arbeiten LehrerInnen, SozialpädagogInnen und SchulpsychologInnen in einem Team zusammen. Hierfür brauchen wir nicht nur mehr LehrerInnen, sondern müssen auch mit großen Schritten für alle Schulen Schulsozialarbeit und die notwendigen Kapazitäten für SchulpsychologInnen bereitstellen.

Unser Modell der demokratischen Schule bezieht zudem die SchülerInnen mit ein. Die Vermittlung grundlegender Werte muss sich als roter Faden durch den Unterricht ziehen. Das gleiche gilt für Gewaltprävention.

Freie Wähler:

siehe unten

FDP:

Bildung muss mehr sein als nur reine Wissensvermittlung. Um den Bildungs- und Erziehungsauftrag an Schulen deutlich verbessern zu können, braucht es mehr Zeit für Lehrer und Schüler, am besten in einer gebundenen Ganztagschule. Sport, Musik, Theater, Schach und vieles andere muss wieder verstärkt angeboten werden, um Kindern und Jugendlichen in ihrer Konzentrationsfähigkeit und beim Abbau von Aggressionen zu helfen und zu einem besseren Miteinander zu führen. Die Persönlichkeitsentfaltung eines jeden Einzelnen ist zu fördern. Keiner kann alles können, aber jeder kann etwas besonders gut.

Schulsozialarbeiter und Psychologen müssen verstärkt in den Schulalltag integriert werden. Der Ausbau des Krisen- und Bewältigungsteams der Bayerischen Schulpsychologen muss forciert werden.

CSU:

Die Antwort liegt noch nicht vor.

SPD:

Einverstanden! Wir sind der Meinung, dass in der Schule alle pädagogischen Professionen ihren Platz haben. Erzieher, Sozialpädagogen und Psychologen können ihre Kompetenzen und ihr Wissen sowohl in der Arbeit mit Schülerinnen und Schülern als auch in der Unterstützung für Lehrerinnen und Lehrer und Eltern einbringen. Wir haben im Zusammenhang mit den Beratungen zum Haushalt des Freistaats Bayern die Bildungsmilliarde gefordert, um genug pädagogisches Personal einstellen zu können.

4. Bessere Abstimmung zwischen den Bildungsstufen und mehr Vielfalt*Feststellungen*

Das bayerische Bildungs- und Schulwesen stimmt die verschiedenen Bildungsstufen und Schullaufbahnen derzeit noch zu wenig aufeinander ab. Dadurch entstehen in der Lern- und

Leistungsentwicklung Brüche und Spannungen. Die Gründung und Entwicklung von Schulen in freier Trägerschaft, die reformpädagogische Arbeitsweisen pflegen, wird sehr erschwert.

Forderungen

Die eingeleitete Verzahnung von Kindergarten und Grundschule muss noch enger ausgestaltet werden. Die Schuleingangsphase soll pädagogisch-didaktisch an die Elementarbildung anschließen. Deshalb muss zunächst das letzte Jahr im Kindergarten kostenlos und obligatorisch sein. Der Elementarbereich als grundlegende Bildungsphase ist wieder dem Geschäftsbereich des Kultusministeriums zuzuordnen.

Für möglichst harmonische Übergänge in weiterführende Schulen sind sowohl die Lehrpläne als auch die Lern- und Arbeitsmethoden des Unterrichts systematisch aufeinander abzustimmen. Je nach regionalen Gegebenheiten sollen Schulen die Möglichkeit haben, zusammenzuarbeiten und unterschiedliche Modelle zu entwickeln. Beispielgebend können z.B. Schulen sein, die mit dem „Deutschen Schulpreis“ ausgezeichnet wurden. Erforderlich sind stufenübergreifende Ausbildungsanteile in der Lehrer- und Erzieherausbildung und gegenseitige Hospitationen des Lehr- und Erziehungspersonals, für die ein Stundenpool bereitzustellen ist. Die Durchlässigkeit in allen Bildungsstufen ist zu gewährleisten.

Schulen in freier Trägerschaft sind eine Bereicherung für das staatliche Schulwesen. Zur Klärung des Umsetzungsspielraums innerhalb der Gesetze, bedarf es verlässlicher Vereinbarungen in Form eines öffentlich-rechtlichen Vertrages.

Freie Wähler:

siehe unten

FDP:

Der Elementar- und Primarbereich muss enger verzahnt werden. Alle vorschulischen Einrichtungen sind Bildungseinrichtungen und müssen wieder in die Zuständigkeit des Kultusministeriums zurückgeführt werden. Um allen Kindern einen bestmöglichen Start zu ermöglichen, muss das letzte Kindergartenjahr elternbeitragsfrei und verpflichtend sein.

Die Lehrpläne müssen sich an bundesweit geltenden Bildungsstandards orientieren, die Wege, um diese zu erreichen, sind jeder Schule freizustellen. Wir setzen uns für eine Primarschule von 6 Jahren ein, um wichtige Basiskompetenzen zu erlernen, Stärken und Schwächen herauszufinden und gezielt die weiterführende Schule wählen zu können. Alle Abschlüsse müssen wohnortnah angeboten werden.

Durch eine regionale Schulentwicklung muss die Möglichkeit gegeben sein, Haupt-, Real- und Wirtschaftsschule unter einem Dach zu vereinen und mit einer Mittleren-Reife-Prüfung abzuschließen. Eine stärkere Verzahnung mit der regionalen Wirtschaft und dem Handwerk durch gezielte Praktika ist anzustreben, um den Jugendlichen eine Ausbildungsperspektive zu geben.

CSU:

Die Antwort liegt noch nicht vor.

SPD:

Einverstanden! Unser Programm „Keiner darf verloren gehen!“ sieht die Organisation des bayerischen Bildungssystems in Stufen vor. Bei jeder Veränderung des Systems ist die Frage der Durchlässigkeit zwischen diesen Stufen entscheidend für den Erfolg. Wir sind darüber hinaus der Meinung, dass eine längere gemeinsame Schulzeit für alle Kinder ein Gewinn ist.

Schulen in freier Trägerschaft sind als fester Bestandteil des bayerischen Schulsystems Reformmotor und Bereicherung. An ihnen sieht man oft, was Selbstständigkeit und Freiheit an Kräften freisetzen kann.

Bündnis 90/Die Grünen:

Der Feststellung, dass die verschiedenen Bildungsstufen zu wenig aufeinander abgestimmt sind, stimmen wir voll und ganz zu. Die Fragmentierung des bayerischen Schulsystems und die frühe und gleichzeitig sozial ungerechte Selektion der SchülerInnen verhindern einen harmonischen und effizienten Bildungsweg. Der einfachste Weg, die Durchlässigkeit zu verbessern, ist aus unserer Sicht eine längere gemeinsame Schulzeit.

Auch wir wollen eine stärkere Verzahnung von Kindergarten und Grundschule und sprechen uns deshalb für eine flexible Eingangsstufe aus.

Eine neue Schule verlangt auch einen anderen Ansatz in der LehrerInnenbildung: Wir wollen eine LehrerInnenbildung, die nicht mehr nach Schularten, sondern nach Altersstufen unterscheidet und am Anfang einen großen Anteil von pädagogischem Wissen vermittelt und zudem großen Wert auf Praxisbezug legt.

Die Gründung und Entwicklung von Schulen in freier Trägerschaft mit reformpädagogischen Ansätzen wird von uns begrüßt.

5. Größere Eigenverantwortung und Mitgestaltungsrechte

Feststellung

Das bayerische Bildungs- und Schulwesen gesteht den unmittelbar Betroffenen zu wenig Mitsprache- und Mitgestaltungsrechte zu. Dadurch werden wertvolle Potenziale zur pädagogisch-organisatorischen Passung von Schulen und Bildungseinrichtungen und die Chancen erhöhter Identifikation der unmittelbar Betroffenen nicht ausgeschöpft.

Forderungen

Lehrer/innen, Erzieher/innen, Eltern und Trägern ist ein größerer pädagogischer, organisatorischer und rechtlicher Gestaltungsraum zuzubilligen, den sie innerhalb verbindlicher Rahmenregelungen bedarfsgerecht und eigenverantwortlich ausgestalten können. Alles, was Lehrer, Erzieherinnen, Eltern, Schüler/innen und Träger in ihren Einrichtungen selbst regeln können, müssen sie auch selbst regeln dürfen. Die Mitsprache- und Mitgestaltungsrechte sind abschließend zu definieren.

Zu erweitern sind auch die Informations- und Mitspracherechte von Lehrern, Erzieherinnen, Schülern und Eltern über die eigene Schule und Bildungseinrichtung hinaus – vor allem in schul- bzw. bildungspolitischen und organisatorischen Fragen innerhalb der Bezirke und des Landes.

Der Prozess der inneren Schulgestaltung legt es nahe, dass die unmittelbar Betroffenen auch Formen der Kooperation zwischen einzelnen Schulen in einer Region entwickeln können.

FDP:

Jede Schule soll eigenverantwortlich über ihre finanziellen Ressourcen entscheiden können. Eine Schulkonferenz, bestehend aus Schulleitung, Trägern, Lehrer/innen, Eltern und Schülern, entscheidet über das pädagogische Profil und die Einstellung von Lehrern sowie des weiteren pädagogischen Personals.

Die Ministerialbürokratie muss zurückgefahren werden. Bildungspolitische und organisatorische Fragen innerhalb einer Region sowie bauliche Veränderungen müssen in den Bezirken und vor Ort geregelt werden können. Das Kultusministerium erteilt dazu die Genehmigung und evaluiert.

CSU:

Die Antwort liegt noch nicht vor.

SPD:

Einverstanden! Unser Konzept der Regionalen Schulentwicklung darf als ein erster Schritt in diese Richtung verstanden werden. Es macht angesichts rückläufiger Schülerzahlen immer weniger Sinn, zentral von München aus den Regionen vorzuschreiben, welche Schullandschaft für sie die optimale ist. In jeder Region soll daher zusammen mit allen Beteiligten (Schulen, Eltern, Kommunen) ein an den lokalen Bedürfnisse und Besonderheiten orientiertes Schulkonzept entwickelt werden. Der einzelnen Schule kommt hier eine starke Bedeutung zu. Schulen sind selbst am besten in der Lage, ihre Geschicke zu gestalten. Sie brauchen Unterstützung, aber vor allem Freiheit, ihren Bildungsauftrag auszufüllen.

Bündnis 90/Die Grünen:

Ein demokratischer Staat braucht eine Schule der Demokratie, in der die SchülerInnen, LehrerInnen und Eltern über das mitbestimmen können, was sie betrifft, und die die Kommune einbezieht. Unser Modell „die demokratische Schule in kommunaler Verantwortung“ hat dazu unsere Vorstellungen ausführlich formuliert. Kernstück ist ein Schulforum, das wirkliche Mitbestimmungsrechte erhält und über alle Angelegenheiten der Schule beschließt. Das Schulforum ist damit DAS Entscheidungsgremium. Es besteht zu gleichen Teilen aus SchülerInnen, LehrerInnen, Eltern und VertreterInnen der Kommune. Darüber hinaus sollen sich demokratische Elemente durch den ganzen Schulalltag ziehen, wie z.B. durch die Einrichtung eines Klassenrates.

Darüber hinaus begrüßen wir die Einrichtung einer LandesschülerInnenvertretung, die aber weiter reichende Rechte bei bildungspolitischen Fragen auf Landesebene bekommen muss. Analog dazu fordern wir einen Landeselternrat, der sich aus allen Eltern der bayerischen Schulen rekrutiert.

Freie Wähler:

siehe unten

6. Professionalität und Anerkennung des Erziehungs- und Lehrpersonals*Feststellung*

Das bayerische Bildungs- und Schulwesen weist noch Defizite auf hinsichtlich der Professionalisierung und Anerkennung des Erziehungs- und Lehrpersonals. Die Ausbildung von Erzieher/innen erfolgt bisher nicht auf europäischem Niveau. Die pädagogischen, psychologischen und neurophysiologischen Erkenntnisse können in der frühen Bildungsphase nicht hinreichend umgesetzt werden. In der universitären Lehrerbildung sind die Studiengänge für die verschiedenen Lehrämter nicht gleichwertig und die erziehungswissenschaftlichen Anteile z.T. unterbewertet.

Forderungen

Die herausragende Bedeutung der frühen Kindheit für die Entwicklung sprachlicher, kognitiver, sozialer und emotionaler Kompetenzen erfordert es, dass die Berufsausbildung von Erzieher/innen - dem europäischen Niveau entsprechend - an Fachhochschulen erfolgt. Eine exzellente Aus- und Fortbildung der Lehrer/innen und Erzieher/innen der Schlüssel der gesamten Bildungsfrage.

Europäischer Standard muss auch in der Lehrerausbildung gelten: Im Blick auf die fachwissenschaftlichen Kenntnisse der Unterrichtsfächer sowie auf das wissenschaftlich begründete didaktisch-methodische und pädagogische Handeln ist für alle Lehrämter in den verschiedenen Bildungsphasen der „Master“ als Universitätsabschluss erforderlich. Der Lehrer- und Erzieherberuf muss sowohl dienstlich und finanziell als auch gesellschaftlich mehr anerkannt werden. Angesichts der Tatsache, dass in den nächsten Jahren Tausende von Lehrerinnen und Lehrer die Altersgrenze erreichen, müssen wirksame Maßnahmen ergriffen werden, um den Lehrernachwuchs sicherzustellen.

CSU:

Die Antwort liegt noch nicht vor.

SPD:

Einverstanden! Optimal ausgebildetes Personal ist in allen Bildungseinrichtungen entscheidend für das Gelingen von Bildungsprozessen. Nicht nur die Ausbildung von Erzieherinnen und Erziehern sondern auch die Lehrerausbildung muss sich viel stärker am jeweiligen Berufsfeld orientieren. Hier ist eine der größten Baustellen des Bildungssystems angesiedelt.

Bündnis 90/Die Grünen:

Auf den Anfang kommt es an – dieser Satz macht die Bedeutung der frühkindlichen Bildung deutlich. Deshalb brauchen wir hervorragend ausgebildete ErzieherInnen, die aus unserer Sicht an Fachhochschulen studieren sollen. Ihrer Bedeutung entsprechend muss die Bezahlung deutlich angehoben werden.

Die Anforderungen an den LehrerInnenberuf haben sich nicht zuletzt aufgrund der zunehmenden Heterogenität der SchülerInnen verändert. Aus diesem Grund möchten wir die pädagogisch-psychologischen, didaktischen und diagnostischen Anteile in der LehrerInnenbildung aufwerten. Da die starke Fragmentierung nach Schularten und Fächern von der OECD als eine der Hauptschwachpunkte der deutschen LehrerInnenbildung gesehen wird, wollen wir in den ersten beiden Semestern in Form einer überwiegend gemeinsamen universitären Ausbildung der LehramtsstudentInnen die erziehungswissenschaftliche und schulpädagogische Grundlage schaffen, die durch eine daran anschließende verstärkte fachwissenschaftliche Ausbildung ergänzt wird.

Freie Wähler:

siehe unten

FDP:

Die Defizite hinsichtlich der Professionalisierung und Anerkennung des Erziehungs- und Lehrpersonals müssen dringend aufgehoben und dem europäischen Niveau angepasst werden. Erzieher/innen sollen künftig an einer Fachoberschule aus- und weitergebildet werden. Der Bologna-Prozess in der Lehrerausbildung muss zügig umgesetzt werden. Für die Aufnahme in den Vorbereitungsdienst für alle Lehrämter ist ein Masterabschluss („Master of Education“) Voraussetzung. Der Master-Abschluss baut auf einem Bachelor-Studium auf. Dieser erste akademische Abschluss soll als allgemeine Grundlage dienen, so dass die endgültige Entscheidung für eine Spezialisierung auf das Lehramt oder auf ein weiteres Fachstudium erst nach dem Bachelorabschluss fällt. Die erziehungswissenschaftlichen Anteile im Studium müssen einen höheren Stellenwert erhalten. Insgesamt ist der Lehrerberuf sowohl finanziell als auch gesellschaftlich deutlich aufzuwerten, um den Lehrernachwuchs sicherzustellen.

7. Investitionen in Bildung auf internationalem Niveau

Feststellung

Das bayerische Bildungs- und Schulwesen ist – gemessen am Brutto-Inlandsprodukt und im Vergleich zu den durchschnittlichen Investitionen der OECD-Staaten – unterfinanziert. Vor allem die Mittel für die frühe Förderung und für die Grundschule liegen deutlich unterhalb der Bildungsfinanzierung der Industrieländer.

Forderungen

Da es gilt, sowohl dem Bildungsanspruch aller Kinder und Jugendlichen gerecht zu werden als auch die soziale Balance und ökonomische Wettbewerbsfähigkeit zu sichern, muss die Qualität des Schul- und Bildungswesens weiter verbessert werden.

Um die bestmögliche individuelle Förderung zu ermöglichen, sind die Gruppenstärken in den Kindergärten und Kindertagesstätten deutlich zu reduzieren. In keiner Grundschulklasse dürfen mehr als 25 Kinder sitzen. In den weiterführenden Schulen ist die Klassenhöchststärke auf maximal 29 Schüler/innen zu begrenzen.

Mehr Personal ist erforderlich zur Sicherstellung des Kern-, Wahlpflicht- und Wahlunterrichts, zur individuellen Förderung bei Beeinträchtigungen des Leistungs- und Sozialverhaltens, zur Integration von Kindern mit sonderpädagogischem Förderbedarf, für Kinder mit Migrationshintergrund sowie für Schüler/innen mit besonderen Fähigkeiten und Neigungen. Die mobile Lehrer-Reserve ist aufzustocken. Unverzichtbar ist mehr pädagogisch-psychologische Expertenhilfe.

Für Schulen in freier Trägerschaft sind die Zuschüsse zu erhöhen und die Fristen für Baukosten zu verkürzen.

Bildungsinvestitionen haben nicht nur einen entscheidenden Effekt auf das wirtschaftliche Wachstum, sondern auch auf die soziale Balance, auf das kulturelle Leben und auf die Funktionsfähigkeit des demokratischen Gemeinwesens.

SPD:

Einverstanden! Bildungsmilliarde jetzt! In den Beratungen zum Haushalt des Freistaats Bayern fordern wir, eine Milliarde Euro mehr für den Kultushaushalt. Zusätzlich sollen die Mittel für die Kindertagesstätten erhöht werden, um die Umsetzung des Bildungs- und Erziehungsplanes zu schaffen und die Kindertagesstätten kostenfrei zu machen.

Bündnis 90/Die Grünen:

Die Grünen im Bayerischen Landtag wollen zusätzliche Mittel für den Bildungsbereich, um den Ausbau zu einem kinderfreundlichen und modernen Bildungssystem zu schaffen. Bei den Bildungsausgaben darf Bayern nicht weiter unterhalb des OECD-Durchschnitts verharren, denn nicht nur für die wirtschaftliche Entwicklung ist es wichtig, dass alle Kinder ihre Fähigkeiten voll entfalten können. Viele Verbesserungen sind an unseren Schulen notwendig. Natürlich ist dies auch eine Sache der Finanzierung. Deswegen haben wir bereits vor 2 Jahren ein Papier vorgelegt, in dem wir unsere monetären Forderungen für den Bildungsbereich formuliert und gegenfinanziert haben.

Wir fordern ein Personalplanungskonzept, das die SchülerInnen-LehrerInnen-Relation deutlich verbessert (25 SchülerInnen pro Klasse) und den Schulen die Möglichkeit gibt, ihrer Aufgabe der individuellen Förderung optimal nachkommen zu können. Neben der finanziellen Grundlage für neue LehrerInnenstellen fordern wir außerdem die Bereitstellung ausreichender Mittel für die Einstellung zusätzlicher SozialpädagogInnen und PsychologInnen.

Freie Wähler:

siehe unten

FDP:

In einem rohstoffarmen Land zählen Bildung und Ausbildung zu den vorrangigen Aufgaben der Gesellschaft. Ausgaben in diesem Bereich sind Zukunftsinvestitionen. Das bayerische Bildungs- und Schulwesen ist, gemessen am Bruttoinlandsprodukt und im Vergleich zu denjenigen anderer Industriestaaten deutlich unterfinanziert. Die Ausstattung der bayerischen Schulen ist mangelhaft. Wir fordern ein umfassendes Investitionsprogramm für Bildung und Schule, um eine bestmögliche individuelle Förderung in der frühkindlichen Bildung mit kleineren Gruppen, kleinere Klassen im Primarbereich (25 Kinder) und an den weiterführenden Schulen (maximal 30 Kinder) zu ermöglichen. Mehr Personal zur Sicherstellung des Kern-, Wahlpflicht- und Wahlunterrichts sowie zur individuellen Förderung bei Kindern mit sonderpädagogischem Förderbedarf und bei Beeinträchtigungen des Leistungs- und Sozialverhaltens. Die mobile Reserve ist aufzustocken. Schulen in freier Trägerschaft sollen finanziell mit staatlichen Schulen gleichgestellt werden.

CSU:

Die Antwort liegt noch nicht vor.

Freie Wähler**Antwort zu allen 7 Themen gemeinsam:**

Die Freien Wähler Bayern sprechen sich für ein regional organisiertes Schulkonzept mit möglichst autonomer Kompetenz der staatlichen Schulämter aus.

Motto: Was für München Hasenberg/ sinnvoll ist, muss noch lange nicht in Beilngrieß zur Anwendung kommen.

Wir sehen eine sehr große Lähmung der Schulstrukturdiskussion durch die Fixierung auf bayernweit gültige Konzepte.

Im Blick der Freien Wähler stehen zuallererst die Interessen der Kinder.

Das heißt:

- *Gleiche Bildungschancen mit optimaler Förderung für alle - egal wo sie sich befinden.*
- *Kostenfreiheit für alle Schüler an allen Schulen, auch die Übernahme der indirekten Kosten (Kopiergeld, Schullandheim, Fahrtkosten, ...)*
- *Flexibler Ausgleich regionaler und struktureller Härten (z.B. hoher Migrantenanteil, lange Anfahrten, hoher ADHS/Legasthenikeranteil, ...) durch vermehrten Lehrereinsatz, verringerte Klassenstärken*
- *Bildung mit Hirn, Herz und Hand. Musik, Sport, Kunst und Religion dürfen keine Exotenfächer, sondern müssen integraler Bestandteil des Schullebens sein.*
- *Soziale Integration in das Schulleben durch den Einsatz von Jugendsozialarbeit an allen Schulen.*
- *Unterricht über die Schulartengrenzen hinweg durch modularisierte Einheiten.*
- *Alle Schüler müssen einen Abschluss erhalten, der sie berechtigt, weitere Bildungswege zu beschreiten.*

Als konkrete Maßnahmen schlagen wir vor:

- *Reduzierung der Klassenhöchststärken auf 25 Schüler*
- *Zulassung von Klassenteilungen bei schwierigen Schulsituationen nach Befund des Schulleiters*
- *Einführung einer 5. Klasse Volksschule im Sinne einer Orientierungsstufe*
- *Bildung mobiler Reservenpools auch für Realschule und Gymnasium*